

# FDP für eine sechsjährige Primarschule!

Wo steht eigentlich die FDP in der Bildungspolitik? Zur Beantwortung dieser Frage mag eine kurze historische Erinnerung nützlich sein.

Ralf Dahrendorf, ein hoch dekoriertes Soziologe und prominente FDP-Mitglied, schrieb im Jahre 1965 das bekannte Werk: „Bildung ist Bürgerrecht“. Das Buch gehörte neben dem Klassiker „Die deutsche Bildungskatastrophe“ (1964) von Georg Picht zu den ersten Analysen, die die Bildungsbenachteiligung bestimmter Bevölkerungsschichten offenlegten. Seither ist das Thema Bildung auch ein Kernthema liberaler Politik. In bisher unerreichter Weise wurde liberale Bildungspolitik von der Bundesbildungsministerin Hildegard Hamm-Brücher repräsentiert. Dass die Wochenzeitung DIE ZEIT unter den Printmedien als das bildungspolitische Flaggschiff angesehen ist, kann ebenfalls als ein Zeugnis einer Verbundenheit des Liberalismus mit dem Thema Bildung gelten. Jüngst hat der Vorsitzende der niedersächsischen FDP Philipp Rösler den Führungsanspruch der Liberalen in der Bildungspolitik bekräftigt und in Fortsetzung der historischen Linie proklamiert: „Wir sind die Bildungspartei Nr. 1“.

Nun muss man einer solchen Selbsternennung zur Nr. 1 nicht gehorsamst und beifällig folgen. Wie weit es mit der reklamierten bildungspolitischen Führerschaft bestellt ist, kann anhand unterschiedlicher Prüfsteine untersucht werden. Als Gütekriterien für eine qualifizierte Bildungspolitik sollen hier die Themen „Elternwahlrecht“ und „Gemein-

sames Lernen“ zur Anwendung kommen.

Was das „Elternwahlrecht“ angeht, sollte man eine recht eindeutige Position der FDP erwarten. Die FDP war und ist ein strammer Vertreter des gegliederten Schulwesens. Deshalb sollte man auch ein klares Votum gegen das Elternwahlrecht erwarten. Denn wenn die Eltern wählen dürfen, wählen sie vielfach auch die „falsche“ Schule für ihre Kinder und bringen damit die gute Ordnung des gegliederten Schulsystems durcheinander. Das bundesdeutsche Schulsystem ist nun einmal nach Leistung und Eignung gegliedert, und da hat eine freie Elternwahl nichts zu suchen. Eine freie Elternwahl ist der Totengräber des gegliederten Schulwesens. Die niedersächsische FDP bestätigt diese Vermutung vollauf. Auf ihrem letzten Landesparteitag 2008, forderte die FDP Niedersachsens die vollständige Abschaffung des Elternwahlrechts. Während der Realschullehrerverband und der Philologenverband prompt ihre Zustimmung signalisierten, war der Koalitionspartner CDU konsterniert und konterte mit einer gegenteiligen Position.

Ganz anders dagegen die Hamburger FDP. In Hamburg kämpft die Initiative „Wir wollen lernen“ (WWL) gegen die Einführung einer sechsjährigen Primarstufe und gegen die Abschaffung des Elternwahlrechts. Die hanseatische FDP hat diese Initiative mehrfach ihrer vollen

Unterstützung versichert (Homepage). Für das Ausscheren der Hamburger Liberalen aus der Parteilinie gibt es eine simple Erklärung. Der gesellschaftliche Ort der Initiative sind bildungsnahen Schichten, die „feinen Leute“ (Veblen 1899) und die besseren Kreise. Das Hamburger Abendblatt schrieb, es handele sich um Bürger, die einen Porsche als Zweitwagen vor der Türe stehen haben. Die Aristokratie Hamburgs ist insbesondere



re in den Walddörfern und in den Elbvororten anzutreffen. In all diesen Bezirken erzielte die FDP bei den letzten Bürgerschaftswahlen durchweg Ergebnisse, die weit über dem Hamburger Durchschnitt lagen. Mit anderen Worten: Das erwartungswidrige Eintreten der Hamburger FDP für ein Elternwahlrecht hat recht wenig mit bildungspolitischer Rationalität zu tun, sondern ist schlichtweg ein ergebener Dienst an der eigenen Klientel: Wir sind die „Partei der Besserverdienenden“ (FDP-Generalsekretär Werner Hoyer im Bundestagswahlkampf 1994).

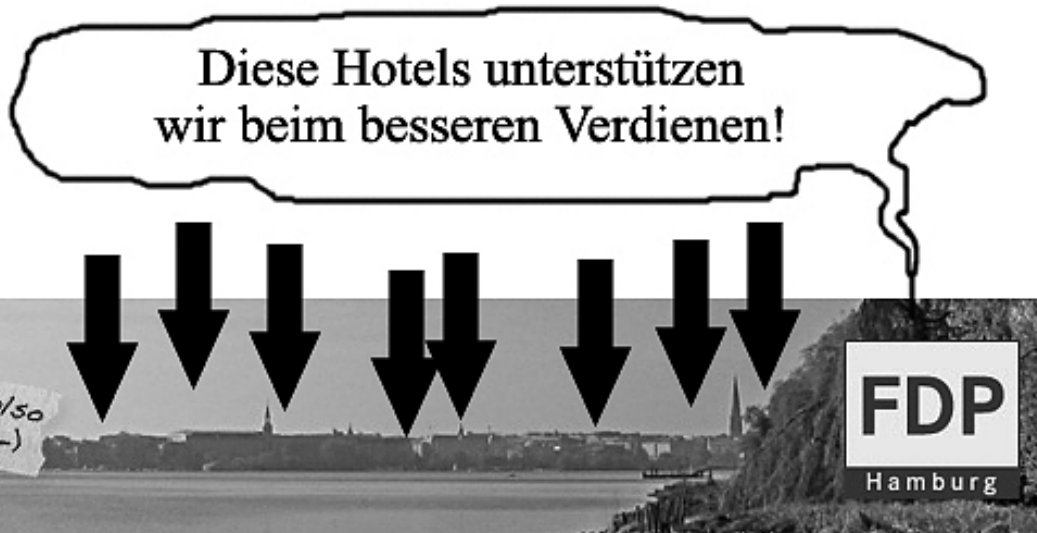
Auch bei dem zweiten Prüfstein lässt sich eigentlich eine klare Position der FDP vermuten. Die Liberalen haben sich gesellschaftspolitisch „in der Mitte“ verortet. Gemeinsames

Lernen aller Kinder aus allen Schichten in Gesamtschulen oder Gemeinschaftsschulen ist den Liberalen eher suspekt. „Gemeinsamkeit“ in der Bildung löst nahezu panikartige Ängste vor einer Einebnung individueller Freiheiten aus und steht deshalb unter dem Generalverdacht sozialistischer Gleichmacherei. Für diese Vermutung gibt es hand-

bescheidene Ausweitung eines längeren gemeinsamen Lernens. Die Initiative WWL durfte sich der ungeteilten Zustimmung der Liberalen erfreuen.

Die Prüfsteine „Elternwahlrecht“ und „Gemeinsames Lernen“ lassen also in erheblichem Maße an der Gültigkeit des Anspruchs, die „Bildungspartei Nr. 1“ zu sein, zweifeln. Die ausge-

In dieser Wahlkampfplattform heißt es wortwörtlich: “Viele Kinder stehen zum Ende der Grundschulzeit unter großem Übertrittsdruck. Wir fordern deshalb eine sechsjährige gemeinsame Grundschulzeit, um den Übertrittsdruck von Lehrern, Schülern und Eltern zu nehmen“ (<http://wahl.fdp-bayern.de/themen/bildung>). Der verwunderte



efeste Belege. Am 3.12.1998 hat im Bundestagsausschuss Arbeit und Bildung die FDP als einzige Partei gegen die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention gestimmt (Bundestagsdrucksache 16/11234). In NRW hat die liberale Landtagsfraktion einen mühsam erarbeiteten interfraktionellen Kompromiss zum Aufbau eines inklusiven Bildungssystems platzen lassen, weil sie hinter der inklusiven Schule eine sozialistische „Einheitsschule für alle“ (FDP-Abgeordnete Pieper - von Heiden, Landtagsdebatte am 16.12.2009) witterte und eine gesetzliche Garantie für alle Förderschulen forderte. Und schließlich: In Hamburg sperrt sich die FDP-Fraktion gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule und damit gegen eine recht-

gebene Lösung, Bildung sei ein Bürgerrecht, wird von den Liberalen nicht als ein Rechtsanspruch vertreten, der gleichberechtigt für alle Bürger und für alle Schüler ohne jegliche Ausnahme Geltung hat. Bürgerrecht ist für die FDP nicht ein allgemeingültiges Recht, sondern der Anspruch auf ein Bildungsprivileg bestimmter Kreise. Die heutige neoliberale Bildungspolitik hat mit den ursprünglichen Motiven und Ideen liberaler Bildungspolitik, wie etwa durch Ralf Dahrendorf und Hildegard Hamm-Brücher repräsentiert, nichts mehr gemein.

Muss man an der heutigen, neoliberalen FDP verzweifeln? Nein, es gibt da doch einen Lichtblick. Für den Landtagswahlkampf 2008 in Bayern hat die bayerische FDP ein eigenes Grundsatzpapier vorgelegt.

Leser reibt sich die Augen. Bayern gilt doch gemeinhin als ein Hort der Rechtschaffenheit und Bodenständigkeit. Und in diesem konservativ geprägten Land fordert die FDP eine sechsjährige Primarstufe? Ja, in der Tat, das tut sie; und das ist kein Aprilscherz, sondern ein real existierendes Programm.

Ach, man möchte der Hamburger FDP eine Bildungsreise zu den Parteikollegen in Bayern wünschen. Und der gesamten FDP eine Rückbesinnung auf ihre bildungspolitischen Ursprünge. Bildung ist nicht nur ein Bürgerrecht für auserwählte und vermögende Bürger. Bildung und Inklusion sind ein Menschenrecht für alle, sagt die UN-Behindertenrechtskonvention.

HANS WOCKEN